
Wiebke Knell

KNELL: DAS PROBLEM IST NICHT DIE VIELFALT SEXUELLER IDENTITÄTEN, SONDERN DIE VON DER AfD GESCHÜRTE ANGST

21.09.2022

- **Unterschiedliche Familienkonstellationen sind längst Realität**
- **Gesellschaft braucht mehr statt weniger Akzeptanz**
- **Jeder Mensch entscheidet, wie er lebt und liebt**

„Das Problem der Kinder ist nicht die Vielfalt von sexuellen Identitäten in unserer Gesellschaft. Das Problem ist ein Klima der Angst, das durch die AfD geschürt wird“, stellt Wiebke KNELL, Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag für Diversity, fest. Sie zeigt sich enttäuscht darüber, dass die AfD mit der von ihr angesetzten Plenardebatte über den hessischen Lehrplan zur Sexualerziehung und die Akzeptanz verschiedener sexueller Identitäten erneut die Grundsätze eines respektvollen Miteinanders infrage stelle. So behaupte die AfD unter anderem, dass es im Lehrplan nicht-altersadäquate Inhalte gebe, die auf Kinder desorientierend wirken könnten. „Wenn die AfD dann als Beispiel, anführt, dass in der Altersgruppe der Sechs- bis Zehnjährigen über unterschiedliche Familiensituationen gesprochen werden soll, dann übersieht sie, dass unterschiedliche Familienkonstellationen längst Realität sind. Tausende Alleinerziehende, Patchwork- oder Pflegefamilien arbeiten Tag und Nacht dafür, Kindern ein liebevolles Zuhause zu geben. Ihnen allen gegenüber ist es eine Frechheit, dass die AfD erwartet, dass diese Realität in der Schule ausgespart wird. Desorientierend ist in Wirklichkeit die Verweigerungshaltung der AfD, unterschiedliche Realitäten anzuerkennen“, erklärt Knell. „Es braucht nicht weniger, sondern viel mehr Akzeptanz in der Gesellschaft.“

Sie betont: „Für uns Freie Demokraten ist selbstverständlich, dass jeder Mensch selbst

entscheiden kann, wie er liebt und lebt. Für die persönliche Freiheit sollte die sexuelle oder geschlechtliche Identität vollkommen unerheblich sein.“ Die Realität sei jedoch immer noch, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert würden und sich nicht zuletzt aufgrund auch von der AfD geschürten Ängsten vor Gewalt fürchten müssten. „Darum ist es richtig und wichtig, dass die Ampel-Koalition im Bund Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität bei den besonderen Diskriminierungsverboten ergänzen will. Darüber hinaus soll ein Familienrecht geschaffen werden, das der Vielfalt des Zusammenlebens Rechnung trägt“ erklärt Knell. „Schlussendlich müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass homo- und transfeindliche Gewalt als solche erkannt und auch als solche bestraft wird.“ Dafür sei auch die Landesebene politisch zuständig und die Landesregierung in der Pflicht, mehr Engagement an den Tag zu legen, fordert Knell.